



Presseschau vom 18.03.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Abends / nachts::

ukrinform.ua: Acht Außenminister: Wir werden die Krim nicht vergessen

Die Weltgemeinschaft erkennt die illegale Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim nicht an und verurteilt Verletzungen des Völkerrechts auf der Krim und ihre Militarisierung.

Das betonten acht europäische Außenminister in ihrem Beitrag „Vor vier Jahren – aber wir werden die illegal besetzte Krim nicht vergessen“ für Euobserver. Die Autoren sind der Außenminister Dänemarks Anders Samuelsen, Estlands Sven Mikser, Lettlands Edgars Rinkevics, Litauens Linas Linkevicius, Polens Jacek Czaputowicz, Rumäniens Teodor-Viorel Melescanu, Schwedens Margot Wallstroem und der Ukraine Pawlo Klimkin. Die Minister riefen auch zur Freilassung von Oleh Senzow und mehr als 60 anderen politischen Häftlingen auf.

de.sputniknews.com: Sawtschenko: Ukrainische Militärs zum Putsch bereit

Die ukrainische Ex-Kampfpilotin und Parlamentsabgeordnete Nadeschda Sawtschenko hat gegenüber dem Portal „Strana.ua“ ihre Überzeugung geäußert, dass es im Land viele Militärs gibt, die sich an einer Militärrevolte beteiligen würden.

Solche Stimmungen gab es laut Sawtschenko bereits zu Zeiten des ehemaligen Präsidenten Wiktor Janukowitsch in der ukrainischen Armee.

„Auch gegen Janukowitsch, als er uns mit der Bewachung seines Anwesens beauftragte, waren Hubschrauber für den Aufstieg und die Bombardierung der Werchowna Rada (ukrainisches Parlament – Anm. d. Red.) bereit. Militärs sind wahre Macher. Sie sprechen

wenig, erzählen viele Witze, und das ist ihre Stärke. Sie sind oft dumm und führen Befehle aus, sie haben aber auch Geduldsgrenzen“, meint die Angeordnete.

Auf die Frage des Portals, ob es unter den Militärs viele Menschen gebe, die zur Beteiligung an einem militärischen Staatsstreich bereit seien, antwortete Sawtschenko: „Mehr als genug“. Zuvor hatte der Generalstaatsanwalt der Ukraine, Juri Luzenko, Nadeschda Sawtschenko der Verübung eines Terroranschlags und der Vorbereitung eines Staatsstreiches beschuldigt. Die Rada-Abgeordnete wurde als „Helfershelferin der Terroristen und Vaterlandsverräterin“ in die Datenbank der Webseite „Mirotworez“ aufgenommen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31013/92/310139201.jpg>

vormittags:

Ukrinform.ua: UN-Friedensmission in der Ostukraine: Poroschenko hofft auf Unterstützung der neuen Bundesregierung

Der Präsident der Ukraine Petro Poroschenko hofft, dass die neue Bundesregierung Deutschlands die Ukraine weiter unterstützen wird, darunter beim Einsatz der UN-Friedensmission in der Ostukraine.

„Ich erwarte, dass sich alle Koalitionspartner in Deutschland für Freiheit, Demokratie und die territoriale Integrität der Ukraine einsetzen – und darauf hinwirken, dass eine Blauhelmission der Vereinten Nationen im Osten unseres Landes eingerichtet wird. Nur so kann das Friedensabkommen von Minsk umgesetzt werden“, sagte der Präsident den Zeitungen der Funke Mediengruppe am Samstag.

Poroschenko erwartet von Deutschland keine Militärhilfe, weil die Bundesregierung in Fragen militärischer Unterstützung sehr vorsichtig sei. „Die ersten, von denen wir uns Waffenlieferungen erhoffen, sind die Vereinigten Staaten von Amerika. Danach denken wir an Länder wie Kanada, Frankreich oder Litauen“, sagte er. „Von Deutschland erwarten wir in erster Linie politische, finanzielle und humanitäre Unterstützung.“

Angesichts der Russland-Sanktionen sagte der Staatschef: „Es würde mich freuen, wenn die Sanktionen gegen Russland aufgehoben werden – aber erst, wenn der letzte russische Soldat aus der Donbass-Region und von der Krim verschwunden ist. So lange das

Friedensabkommen nicht vollständig umgesetzt ist, darf es keine Lockerung der Sanktionen gegen Russland geben“. „Die Sanktionen dienen dazu, Putin an den Verhandlungstisch zu bringen“. Über die Krim, die vor vier Jahren annektiert wurde, sagte Poroschenko: „Im 21. Jahrhundert sollten mitten in Europa keine illegalen Annexionen akzeptiert werden. Bei der Krim handelt es sich um eine brutale Verletzung des internationalen Rechts, die mich an das Jahr 1938 erinnert: an den „Anschluss“ Österreichs an Hitler-Deutschland.“

de.sputniknews.com: „Deutscher Snowden“: Ex-Bundeswehr-Offizier beantragt Asyl in Russland – Medien

Der deutsche Staatsbürger Markus Bergfeld und seine Ehefrau Sonja haben Asyl in Russland beantragt. Der Antrag wurde bei der russischen Botschaft in Lettland gestellt. Medien bezeichnen Markus Bergfeld als den „deutschen Snowden“: Der Mann soll bei der Bundeswehr gedient und Zugriff auf vertrauliche Daten gehabt haben.

Die russische Botschaft in Lettland bestätigte, dass die Bergfelds Asyl beantragt haben.

„Die Familie Bergfeld mit deutscher Staatsbürgerschaft hat bei der Konsularabteilung der Botschaft tatsächlich einen Antrag auf Asyl in der Russischen Föderation gestellt“, teilte ein Sprecher der diplomatischen Vertretung auf Sputnik-Nachfrage mit. „Den Antragstellern wurden das Verfahren und die entsprechenden Normen russischen Rechts erklärt.“

Nach Angaben der Zeitung „Daily Storm“ hatte Bergfeld bei der Bundeswehr gedient und als Offizier sogar Zugriff auf Geheiminformationen gehabt. Die Familie aus Alfeld sei aus Deutschland geflohen, weil ihre Kinder systematisch brutal drangsaliert worden seien. Sputnik konnte diese Information vorerst nicht unabhängig überprüfen.

Der ehemalige Mitarbeiter der US-Geheimdienste CIA und NSA Edward Snowden hatte im Juni 2013 den Zeitungen „Washington Post“ und „Guardian“ eine Reihe von Geheimdokumenten über Ausspähaktivitäten der USA und Großbritanniens übergeben. Er brachte unter anderem ans Licht, dass US-Geheimdienste das private Handy von Bundeskanzlerin Angela Merkel abgehört hatten. Danach flüchtete Snowden zuerst nach Hongkong, dann nach Moskau. Russland gewährte dem Whistleblower Asyl.

Mil-Inr.info: In den letzten 24 Stunden wurden keine Beschüsse von Seiten der ukrainischen Truppen festgestellt. Das Regime der Feuereinstellung wurde eingehalten.

de.sputniknews.com: Russischer Botschafter in London: „So etwas verzeihen wir nie“
Laut dem Botschafter Russlands in Großbritannien, Alexander Jakowenko, wird Moskau nie die Art und Weise vergessen, wie London im Fall mit der Vergiftung des ehemaligen Geheimagenten Sergej Skripal gehandelt hat.

„Gegen uns wurden ernsthafte ultimative Anschuldigungen erhoben. Wir verzeihen so etwas nicht. Wir werden intensive Arbeit leisten – selbstverständlich im Rahmen des Rechtsfeldes“, sagte der Diplomat gegenüber dem russischen Fernsehen.

Bei seinen wiederholten Anschuldigungen habe London keinerlei Fakten zum Fall Skripal angeführt, fügte Jakowenko hinzu.

Die Beziehungen zwischen Russland und Großbritannien haben sich nach dem Vorfall im britischen Salisbury verschärft, wo der ehemalige Oberst des sowjetischen, später russischen Militärnachrichtendienstes GRU, Skripal, der für die britischen Geheimdienste gearbeitet hatte, und seine Tochter Julia vergiftet worden waren. Die britische Seite macht den russischen Staat für die Verletzung der beiden mit einem Nervengift aus der Gruppe „Novichok“ verantwortlich.

Die britische Regierungschefin Theresa May kündigte etliche Maßnahmen gegen Russland an, darunter die Ausweisung von 23 russischen Diplomaten und das Einfrieren aller bilateralen Kontakte auf hoher Ebene. Russland hat seine Schuld kategorisch zurückgewiesen.

Das russische Außenministerium hat am Samstag Antwortmaßnahmen gegen Großbritannien angekündigt: 23 diplomatische Mitarbeiter der Botschaft Britanniens in Moskau wurden für unerwünscht erklärt. Sie sollen das Land innerhalb einer Woche verlassen. Aufgrund einer Disparität hinsichtlich der Zahl konsularischer Einrichtungen in den beiden Ländern hat Russland seine Genehmigung für die Einrichtung eines Generalkonsulats Großbritanniens in St. Petersburg zurückgezogen. Außerdem wurde beschlossen, die Tätigkeit des Britischen Rates in Russland „wegen dessen unregelmäßigen Status“ einzustellen.

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden wurden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Wir merken an, dass zum ersten Mal zwei Tage hintereinander eine vollständige Ruhe festgestellt wurde.

Wir erinnern daran, dass der geltende Waffenstillstand am 5. März 2018 um 01:00 (Moskauer Zeit) in Kraft trat.

de.sputniknews.com: Ost-Ghuta: Fast 70.000 Menschen zu Regierungsarmee geflohen
Fast 70.000 Menschen sind seit der Eröffnung der so genannten humanitären Korridore Ende Februar aus der Rebellenenklave Ost-Ghuta bei Damaskus auf das von der syrischen Regierungsarmee kontrollierte Gebiet geflohen. Dies teilte der Sprecher des russischen Zentrums für Versöhnung der Konfliktparteien in Syrien, Wladimir Solotuchin, am Sonntag mit.

Allein durch die Übergangsstelle in der Ortschaft Chamurija haben ihm zufolge 20.000 Zivilisten das umkämpfte Gebiet verlassen.

„Nach dem Stand 10.00 Uhr Moskauer Zeit (08.00 MEZ) sind bereits mehr als 20.000 Menschen aus Ost-Ghuta von der Seite der Ortschaft Chamurija geflohen. Die Menschen verlassen das Gebiet weiter“, so Solotuchin.

Die Lage in Ost-Ghuta hat sich in den vergangenen Wochen zugespitzt. Am 24. Februar hatte der UN-Sicherheitsrat die Resolution 2401 angenommen, die alle Kriegsparteien auffordert, die bewaffneten Auseinandersetzungen einzustellen und eine humanitäre Pause für mindestens 30 Tage auf dem gesamten Territorium Syriens zu gewährleisten. Die bewaffneten Milizen in Ost-Ghuta beschießen Damaskus täglich mit Raketen und Minen. Unter Beschuss stehen sowohl Randgebiete als auch das Zentrum der Stadt.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31996/90/319969049.jpg>

Armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden wurden keine Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

de.sputniknews.com: „Halts Maul, Boris“: Briten entschuldigen sich bei Russen für ihren Außenminister

Die Anschuldigungen des britischen Außenministers Boris Johnson gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin für den mutmaßlichen Mordversuch an Ex-Agent Sergej Skripal und seiner Tochter sind im Netz auf Empörung gestoßen. Dabei nahmen einige User kein Blatt vor den Mund.

„Wir streiten mit Putins Kreml und seiner Entscheidung. Wir glauben, dies war überwiegend seine Entscheidung, zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg Nervengift auf den Straßen des Vereinigten Königreichs, auf den Straßen Europas anzuwenden“, erklärte Johnson. Diese Worte stießen bei britischen Internet-Usern auf heftige Kritik. Unter dem Eintrag der russischen Botschaft in London auf Twitter, in dem der britische Außenminister zitiert wurde, äußerten sich die Nutzer äußerst empört. Ihnen zufolge dürfe sich die britische Regierung solche skandalösen und unbegründeten Anschuldigungen nicht erlauben.

„Unabhängig von den realen Gründen, die hinter dem Vorfall stehen, ist es ein absoluter Wahnsinn. Ich schäme mich für die Reaktion der britischen Regierung“, schreibt Jody Hazelgrove in ihrem Kommentar.

„Ich muss zugeben, dass Johnson lernen muss, wann er den Mund halten soll“, fuhr der Nutzer ReederSimon fort.

„Schäm dich, Boris! Du sollst den Mund halten und verschwinden...“, schlussfolgert der User mrxxpity.

Moskau reagierte auf Johnsons Anschuldigungen mit einer scharfen Antwort. „Wir haben bereits auf verschiedenen Ebenen erklärt, dass Russland mit dieser Geschichte nichts zu tun hat. Jegliche Hinweise oder Erwähnungen unseres Präsidenten in diesem Zusammenhang sind nichts anderes als eine schockierende und unverzeihliche Verletzung der diplomatischen Verhaltensregel“, erklärte der Pressesprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, Dmitri Peskow....



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31996/94/319969471.jpg>

Dan-news.info: „In der Nacht wurde von den ukrainischen Positionen aus **Sachanka** beschossen. Durch einen direkten Treffer wurde das Haus in der Gawrilenko-Straße 26 vollständig zerstört“, teilte die Verwaltung des Nowoaswoskij-Bezirks der DVR mit. Die Gesprächspartnerin der Agentur fügte hinzu, dass in der Nacht auch die Stromversorgung von Kominternowo unterbrochen wurde. Die Ursache dafür ist bisher nicht bekannt. Eine Reparaturbrigade ist vor Ort.

de.sputniknews.com: Russischer Botschafter: Kein Cyberkrieg gegen Großbritannien
Der russische Botschafter in Großbritannien, Alexander Jakowenko, hat die Befürchtung, dass Russland einen Cyberkrieg gegen Britannien entfesseln könne, zurückgewiesen, schreibt „The Mail on Sunday“.

„Wir wollen mit anderen Akteuren der Weltarena sprechen, um Handlungsregeln im Cyberraum zu etablieren und festzulegen, was erlaubt ist und was nicht, was eine Aggression bedeutet, wie auf Zwischenfälle reagiert werden soll u.a.m. (...) Russland zeigt sich somit konstruktiv, und die britischen Parlamentarier und Medien schlagen mit Duldung der Behörden Cyberattacken gegen Russland vor“, sagte Jakowenko auf die Bitte der britischen Zeitung, Garantien dafür zu bieten, dass Russland keinen Cyberkrieg gegen Britannien beginnen werde.

Die Beziehungen zwischen Russland und Großbritannien haben sich nach dem Vorfall im britischen Salisbury verschärft, wo der ehemalige Oberst des sowjetischen, später russischen Militärnachrichtendienstes GRU, Skripal, der für die britischen Geheimdienste gearbeitet hatte, und seine Tochter Julia vergiftet worden waren. Die britische Seite macht den russischen Staat für die Verletzung der beiden mit einem Nervengift aus der Gruppe „Novichok“ verantwortlich.

Das russische Außenministerium hat am Samstag Antwortmaßnahmen gegen Großbritannien angekündigt: 23 diplomatische Mitarbeiter der Botschaft Britanniens in Moskau wurden für unerwünscht erklärt. Sie sollen das Land innerhalb einer Woche verlassen. Aufgrund einer Disparität hinsichtlich der Zahl konsularischer Einrichtungen in den beiden Ländern hat Russland seine Genehmigung für die Einrichtung eines Generalkonsulats Großbritanniens in St. Petersburg zurückgezogen. Außerdem wurde beschlossen, die Tätigkeit des Britischen Rates in Russland „wegen dessen unregelmäßigen Status“ einzustellen.

Dan-news.info: Glückwunsch des Oberhauptes der DVR Alexandr Sachartschenko zum Tag des Arbeiters der Kommunal- und Wohnungswirtschaft und des Dienstleistungsbereichs Sehr geehrte Mitarbeiter des Bereichs der Wohnungs- und Kommunalwirtschaft! Von ganzem Herzen gratuliere ich zum Berufsfeiertag!

Ihre Arbeit ist wirklich heldenhaft. In den Jahren des Konflikts haben die Arbeiter der Wohnungs- und Kommunalwirtschaft mit ihren Taten bewiesen, dass nicht nur diejenigen Helden sein können, die an der Front kämpfen. Die kommunalen Arbeiter sind eine echte Arbeitsgarde im Hinterland. In all diesen vier Jahren leisten die kommunalen Arbeiter jeden Tag Heldentaten.

Es wurde nicht wenig getan. Unter Bedingungen der Kriegszeit wurden vier Heizperioden durchlaufen, mit einer höheren Qualität als in der Ukraine. Hunderte von Häusern sind nach Beschüssen wieder aufgebaut worden. Trotz der anhaltenden Kämpfe wird die Infrastruktur wiederaufgebaut, die Funktion von Druckleitungen, Filterstationen, Wasserleitungsknotenpunkten wird wieder aufgenommen. Es wurden Dutzende von Kilometern Heizleitungen, Wasserleitungen, Kanalisation ersetzt. Die Sauberkeit auf den Straßen unserer Städte wird gewährleistet, es läuft eine aktive Begrünung. Dank der Arbeit der Arbeiter des kommunalen Bereichs ist es auf den Straßen jetzt sauberer als in der Vorkriegszeit.

Es dürfen die nicht vergessen werden, die auf ihrem Arbeitsposten starben. Bauleute, Hausmeister, Schlosser arbeiten unter Beschüssen, riskieren stündlich ihr Leben. Während der Kämpfe in der Republik sind mehr als 30 Mitarbeiter kommunaler Unternehmen bei der Erfüllung ihrer dienstlichen Pflichten getötet oder verletzt worden. Die Namen von 12 von ihnen stehen auf einer Gedenktafel, die im letzten Jahr eingeweiht wurde. Eine tiefe Verbeugung Ihnen und die Dankbarkeit aller Einwohner der Donezker Volksrepublik. Zum Feiertag, verehrte Mitarbeiter der Wohnungs- und Kommunalwirtschaft! Dass in Ihren Familien immer Frieden und Wohlergehen herrsche, dass Ihnen immer der Erfolg lächle und über dem Kopf nur ein friedlicher Himmel sei!

Das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik, Alexandr Sachartschenko

de.sputniknews.com: Freie Syrische Armee und Türkei bringen syrisches Afrin unter Kontrolle

Formationen der oppositionellen Freien Syrischen Armee (FSA) und die türkische Armee haben die syrische Stadt unter ihre Kontrolle gebracht. Das verkündete der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan am Sonntag.

„Mit Unterstützung der türkischen Armee marschierten FSA-Einheiten heute um 08.30 Uhr (Ortszeit) in Afrin ein. Die Stadt ist komplett unter ihrer Kontrolle. Die meisten Terroristen flüchteten. Die von ihnen gestellten Sprengfallen werden von unseren Militärs und der syrischen Opposition entschärft. In der Stadt wurden Flaggen der Türkei und der syrischen Opposition gehisst“, sagte Erdogan in einer Livesendung des Fernsehkanals NTV.

Zuvor hatte Erdogans Sprecher Ibrahim Kalin erklärt, die türkischen Behörden hätten keine Absicht, die Kontrolle über Afrin an Damaskus zu übertragen.

Der türkische Generalstab hatte am 20. Januar den Beginn der Operation „Olivenzweig“ gegen Formationen der syrischen Kurden in Afrin bekannt gegeben. Damaskus verurteilt entschieden die Handlungen der Türkei in Afrin und weist darauf hin, dass die Stadt ein integrierter Teil Syriens ist. Moskau ruft alle Seiten zur Zurückhaltung und zur Wahrung der territorialen Integrität Syriens auf.

Nachmittags:

Lug-info.com: Trennung von Kräften und Mitteln bei Staniza Luganskaja, Versuch Nr. 70+n 11:55 „Zur angesetzten Zeit wurde eine weiße Signalrakete abgeschossen, die unsere Bereitschaft zur Trennung der Kräfte an diesem Abschnitt signalisiert“, teilte der offizielle Vertreter der Volksmiliz der LVR Andrej Marotschko mit.

Diese Tatsache haben Beobachter der OSZE-Mission bezeugt, aber die Patrouille der Mission auf dem von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Territorium hat wegen der schlechten Wetterbedingungen keinen weißen Rauch gesehen.

„Aber die Vertreter der Mission am Kontroll- und Passierpunkt haben der spiegelbildlichen Patrouille von jener Seite Informationen über die Bereitschaft der LVR übergeben“, sagte Marotschko.

12:27: „Die ukrainische Seite hat wieder die Trennung der Kräfte zum Scheitern gebracht“, teilte Andrej Marotschko mit.

Die Patrouille auf der anderen Seite hat bestätigt, dass es keinerlei erwidernenden Aktivitäten der ukrainischen Streitkräfte gibt. Des zeugt davon, dass Kiew ein weitere Mal bestätigt hat, dass es nicht die Absicht hat, die in Minsk übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen“, merkte Marotschko an.

de.sputniknews.com: Kiew schiebt russische Journalistin „unter erfundenem Vorwand“ ab – OSZE-Botschafter

Die Ukraine hat die Journalistin Natalja Gontscharowa des russischen Senders „Rossija 24“ abgeschoben. Der russische Botschafter bei der OSZE, Alexander Lukaschewitsch, hat den Vorfall als „krasse Tatsache“ bezeichnet.

„Der russische Botschafter bei der OSZE, Alexander Lukaschewitsch: Die ukrainischen Behörden drosseln weiter die Pressefreiheit in der Ukraine. Unter einem erfundenen Vorwand wurde die Journalistin von „Rossija 24“ abgeschoben. Wir rufen den OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit an, auf diese krasse Tatsache zu reagieren“, heißt es in einer Mitteilung des russischen Außenministeriums.

Zuvor hatte der ukrainische Inlandsgeheimdienst SBU mitgeteilt, die Ukraine hätte die Journalistin Natalja Gontscharowa des russischen Senders „Rossija 24“ abgeschoben und gegen sie ein dreijähriges Einreiseverbot verhängt.

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

In den letzten 24 Stunden wurden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Besatzungskräfte festgestellt.

Unsere Aufklärung stellt weiter die Durchführung von Maßnahmen zur Verstärkung ihrer Positionen an der Front durch die Besatzungstruppen fest.

Die am größten angelegten Maßnahmen zur technischen Ausstattung von Positionen wurden in den Verantwortungsbereichen der 30. mechanisierten Brigade im Gebiet von Nowotroizkoje (in der Nähe von Dokutschajewsk) und der 57. mechanisierten Brigade im Gebiet von Peski bemerkt.

Nach Informationen von Offizieren der Leitung der 57. Brigade hängt die Aktivität bei der Verstärkung der Positionen in der Brigade mit der **Ankunft von Militärspezialisten aus Norwegen** zusammen. Dabei laufen die Aktivitäten der ausländischen Instrukteure unter der Legende der Arbeit einer Beobachtungskommission zu den „Wiener Dokumenten über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen in Europa“.

Außerdem dürfen Maßnahmen, die vom Kiewer Regime durchgeführt werden, um die Reihen ihrer bewaffneten Banden, die sich in der Zone der sogenannten „ATO“ befinden, nicht außer

Acht gelassen werden.

So finden derzeit auf dem Truppenübungsplatz „Schirokij Lan“ im Oblast Nikoajewka Feldübungen von Reservesoldaten statt. Gemäß der Agitation und den Gestellungsbefehlen, die von den Militärkommissariaten verschickt wurden, werden 400 „Reservisten“ zu zweiwöchigen Übungen einberufen. Aber nach einigen Informationen werden alle Einberufenen nach Abschluss der Übungen in aktive militärischen Formationen der ukrainischen Streitkräfte zur Ableistung von Dienst geschickt werden.

Wir schließen nicht aus, dass zu den ersten auf der Liste zur Auffüllung der personellen Ressourcen die 54. mechanisierte Brigade gehört. Derzeit beträgt die Personalausstattung der Brigade weniger als 55% der vorgesehenen Zahl. Und dieser Prozentsatz sinkt weiter ab, da Soldaten massenhaft Entlassungsgesuche einreichen, da die Zahlungen ständig gesenkt werden.

Außerdem wirkt sich die nicht endende Arbeit von Kommissionen des Stabs der „ATO“ und des militärischen Rechtsordnungsdienstes negativ auf die ukrainischen Kämpfer aus, diese sind in der Brigade nicht so sehr zur Kontrolle der Lage der Dinge und Schaffung von Ordnung, sondern um verschiedener Inspektionen durchzuführen, alkoholische Getränke zu trinken, nicht zu vergessen ihre „Kampf“-zuschläge wegen des Aufenthalts an der Front und der Erhalt von Bestätigungen als Teilnehmer der ATO.

de.sputniknews.com: Fall Skripal: London bietet Moskau Zusammenarbeit bei Ermittlungen an

London hat sich bereit erklärt, Moskau Zugang zu den Ermittlungen im Fall des vergifteten Ex-Spionen Sergej Skripal sowie im Fall des russischen Geschäftsmanns Nikolaj Gluschkow zu gewähren. Großbritannien will laut Außenminister Boris Johnson mit Russland zusammenarbeiten, um die Fälle aufzuklären.

„Wir möchten in den nächsten Tagen mit Russland in dieser Frage zusammenarbeiten“, sagte Johnson am Sonntag. Großbritannien sei daher bereit, Russland Zugang zu den Ermittlungen im Fall der Vergiftung des ehemaligen Agenten des russischen Militärgeheimdienstes GRU und Überläufers Sergej Skripal und seiner Tochter Julia Skripal sowie zum Tod des russischen Managers Nikolaj Gluschkow zu gewähren.

Nikolaj Gluschkow war ein russischer Manager. Er wurde vor einigen Tagen tot in seiner Londoner Wohnung aufgefunden. Gluschkow hatte früher für die russischen Großkonzerne „Avtovaz“ und „Aeroflot“ gearbeitet. Er war 2004 zu drei Jahren und drei Monaten Haft wegen Betrug und Geldwäsche verurteilt worden. 2010 erhielt er in Großbritannien Asyl. Zunächst waren die Umstände seines Todes unklar. Inzwischen geht die britischen Polizei aber von Mord aus – am Hals von Gluschkow seien Spuren von Gewalt entdeckt worden. Sergej Skripal ist ein ehemaliger Oberst des russischen Militärgeheimdienstes GRU und Überläufer. 2006 wurde er wegen Spionage für den britischen Auslandsgeheimdienst MI6 zu 13 Jahren Haft verurteilt. Er kam jedoch im Juni 2010 im Zuge eines Austausch inhaftierter Spione zwischen Russland und den USA auf freien Fuß. Kurz darauf wurde Skripal in Großbritannien Asyl gewährt.

de.sputniknews.com: Russischer Außenpolitiker warnt vor „EU-Dämmerung“

Mit der möglichen Aufnahme der Ukraine in die Europäische Union läuft die EU die Gefahr eines Untergangs. So kommentierte der russische Außenpolitiker Alexej Puschkow die jüngsten Äußerungen des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko, wonach die Ukraine bald EU-Mitglied wird, schreibt die russische Internetzeitung gazeta.ru am Samstag. Puschkow, Mitglied des Föderationsrates Russlands, warnte die EU vor der Aufnahme der Ukraine. Poroschenkos Drohungen, in einigen Jahren in Europa einzubrechen, ähneln denen des Hunnenanführers Atilla. „Wenn die EU die Ukraine tatsächlich aufnimmt, wird das

Europas Ende bedeuten, ein momentanes Ende“, schrieb Puschkow im Kurznachrichtendienst Twitter.

Dem TV-Sender RT zufolge sagte Poroschenko am Samstag, Deutschland werde möglicherweise nicht besonders begeistert sein von den Beitrittsplänen Kiews. „Aber ich bin absolut davon überzeugt, dass die Ukraine der EU beitreten wird. Das ist eine Frage von Jahren, nicht von Jahrzehnten. Es findet sich wohl kaum ein anderes Land, das mehr Interesse für Europa bekundet als die Ukraine“, wurde Poroschenko von RT zitiert.

Der NATO-Pressestelle zufolge gibt es neben der Ukraine noch drei Länder, die der Allianz beitreten wollen — Bosnien-Herzegowina, Georgien und Mazedonien. „Andere Länder sind durch die Erweiterung des militärpolitischen Bündnisses nicht gefährdet. Die Expansion ist ausschließlich auf die Vereinigung Europas sowie auf die Erhaltung von Stabilität, Freiheit und Demokratie gerichtet“, hieß es in Brüssel.

Es sei betont, dass es im Moment keine Rede vom NATO-Beitritt der Ukraine sein kann. Dabei gibt selbst Kiew zu, dass das Land weder EU- noch NATO-reif ist, weil entsprechende Kriterien noch nicht erfüllt sind. „Die Ukraine von heute hat keine Chancen, EU- und NATO-Mitglied zu werden. Aber die künftige Ukraine wird es mit Hilfe unserer Freunde ohne Zweifel durchsetzen“, hatte Außenminister Pawel Klimkin im Februar erklärt.

Dem EU-Beitritt der Ukraine steht auch die eigene Innenpolitik im Wege. So hatte Ungarns Außenamtschef Péter Sijjártó in Kiew im Februar die Annahme eines umstrittenen Sprachengesetzes zur Last gelegt, wonach nationalen Minderheiten, darunter auch Ungarn, das Recht auf das Erlernen ihrer Muttersprache und auf das Studium in dieser Sprache abgesprochen wird.

Mil-Inr.info: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat eine **Tendenz zur Stabilisierung**.

In den letzten 24 Stunden wurden keine Beschüsse von Seiten der ukrainischen Truppen festgestellt.

In Verletzung von Punkt 4 des Memorandums vom 19. September 2014 und Punkt 2 des Maßnahmekomplexes zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen vom 12. Februar 2015 findet weitere eine Umgruppierung und zusätzliche Ausstattung mit Personal, Waffen, Munition und Treibstoff von Seiten der Ukraine statt.

Diese Information kommt in den täglichen Berichten der OSZE-Mission zum Ausdruck. So im Bericht vom 16. März, in der Ortschaft Solotoje hat die Mission fünf Soldaten der ukrainischen Streitkräfte gesehen, die 12 grüne Kisten trugen und sie auf einen Militärlastwagen luden. Nach Einschätzung der Mission waren das Munitionskisten.

Dies bestätigt auch unsere Aufklärung. So wurde uns bekannt, dass in Rubeshnoje ein Zug mit Munition und Treibstoff am Bahnhof eingetroffen ist, vermutlich zur Auffüllung der Vorräte des Raketenartilleriewaffenlagers der operativ-taktischen Gruppe „Luganks“ und zur Versorgung der Einheiten der 58. Panzergrenadierbrigade mit Treibstoff vor der bevorstehenden Rotation.

Soldaten der ukrainischen Streitkräfte begehen weiter Verbrechen gegen friedliche Bürger auf dem zeitweise von den ukrainischen Truppen besetzten Territorium des Lugansker Landes.

Am 14. März ließen Soldaten der ukrainischen Streitkräfte aufgrund eines Konflikts mit einem friedlichen Einwohner in dessen Fahrzeug eine Flasche mit einer Brandmischung zurück.

Außerdem stellen wir weiter **Fälle von Infektionskrankheiten unter Soldaten der ukrainischen Streitkräfte** fest. So wurden acht Soldaten der 80. Luftsturmbrigade mit einer Darminfektion in das Krankenhaus in Stschastje eingeliefert. Ursache der Erkrankung ist nach Meinung der Ärzte qualitativ minderwertiges Wasser. Im Zusammenhang damit wurde eine

Sonderkommission zur Überprüfung der sanitären Normen und Anforderungen zur Unterbringung von Soldaten in die Einheiten geschickt.

Heute war die Volksmiliz der LVR am Trennungsabschnitt Nr. 1 (Brücke bei Staniza Luganskaja) gemäß den Vereinbarungen vollständig bereit, um spiegelbildlich ihre Kräfte und Mittel auf zuvor benannte Positionen abziehen. Aber das Wunder ist nicht geschehen und wir haben uns ein weiteres Mal von dem Wert der Worte und Verpflichtungen, die die Ukraine übernommen hat, überzeugt.

Die Volksmiliz der LVR hält die Minsker Vereinbarungen genau ein. Wir treten für Verhandlungen und eine Lösung des Konflikts auf friedlichem Weg ein, aber im Fall einer direkten Aggression behalten wir uns das Recht auf erwidernde Maßnahmen vor.

de.sputniknews.com: Angst vor russischen Internetnutzern? CDU sperrt Homepage in Russland

Die CDU gibt sich gerne als offene und volksnahe Partei, gerne soll man sich über ihre Ideen, ihr Programm und alles weitere informieren. Zumindest gegenüber russischen Internetnutzern scheint dies aber nicht (mehr) zu gelten – die Partei hat nämlich in Russland ihre Homepage blockiert, die Inhalte können nicht mehr eingesehen werden.

Die CDU hat anscheinend ihre Internetseite – www.cdu.de – auf dem Gebiet der Russischen Föderation blockiert. Versuchen Internetnutzer die entsprechende Seite aufzurufen, erscheint eine Fehlermeldung, dass die Seite nicht mehr erreichbar ist.

Sputnik-Korrespondenten und Partner haben über eine längere Zeit hinweg aus verschiedenen Regionen Russlands von unterschiedlichen Geräten aus – PC, Smartphones, Tablets – versucht, die CDU-Seite aufzurufen, vergeblich.

Offensichtlich wurde die Blockierung der Internetseite in Russland von der CDU bewusst eingeführt, um russischen Staatsbürgern den Zugang zur Homepage der deutschen Regierungspartei zu sperren.

Die CDU gibt sich gerne als offene und volksnahe Partei, gerne soll man sich über ihre Ideen, ihr Programm und alles weitere informieren. Zumindest gegenüber russischen Internetnutzern scheint dies aber nicht (mehr) zu gelten – die Partei hat nämlich in Russland ihre Homepage blockiert, die Inhalte können nicht mehr eingesehen werden.

Die Gründe für den faktischen Ausschluss russischer Interessenten vom Informationszugang sind dabei unklar.

Telephonisch wollte sich die Pressestelle der CDU in Berlin bei einem Anruf eines Sputnik-Redaktionsmitglieds dazu nicht äußern und verwies darauf, die Anfrage per E-Mail an den CDU-Ansprechpartner für Medien zu schicken. Diese blieb jedoch auch mehr als eine Woche nach dem Absenden unbeantwortet.

Offenbar soll das Thema seitens der regierenden Partei „weggeschwiegen“ werden.

Warum die CDU diesen ungewöhnlichen Schritt unternahm, bleibt daher nur zu erraten.

Ein Zusammenhang könnte theoretisch bestehen mit:

- den Bundestagswahlen 2017,
- den angeblichen Hacker-Angriffen auf Internetdienste des Bundestages,
- den heute laufenden russischen Präsidentschaftswahlen.

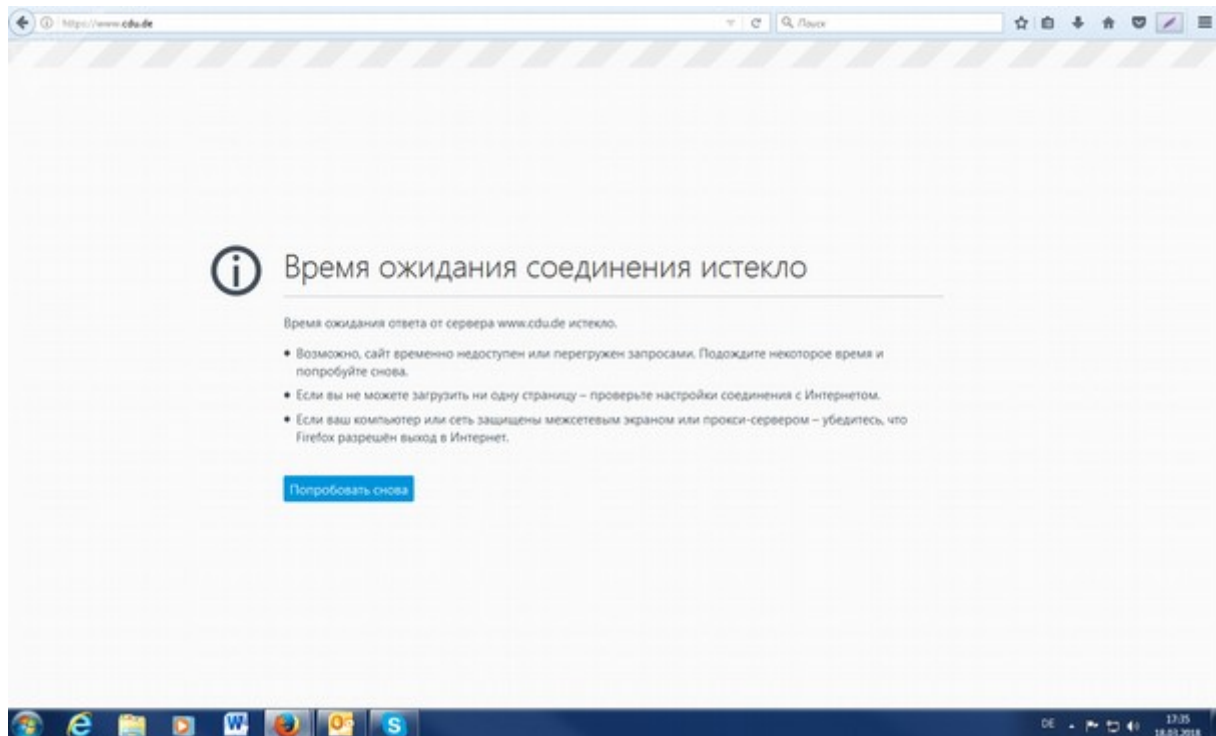
Auch bleibt weiterhin unklar, wann die Sperrung eingeführt worden ist sowie ob und wann sie wieder aufgehoben werden soll.

Während es über die Gründe der Internetblockade somit nur Fragen über Fragen gibt, besteht eine Gewissheit:

Auch wenn russische Internetnutzer es wollten, könnten sie über die CDU-Homepage nichts über die deutsche Regierungspartei erfahren oder Kontakt mit ihr aufnehmen.

Politische Offenheit und interkulturelle Dialogbereitschaft sieht sicherlich anders aus.

Screenshot des Internetbrowsers nach dem Versuch, die CDU-Seite in Russland aufzurufen:



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31997/37/319973732.png>

Die CDU-Homepage ist in Russland nicht erreichbar. Diese Fehlermeldung erscheint unabhängig der Region, des Gerätes oder des Zeitpunktes des Seitenaufrufs.

Dan-news.info: „Um 14:20 haben die ukrainischen Streitkräfte mit Mörsern das Feuer **in Richtung Volvo-Zentrum am nördlichen Rand von Donezk** eröffnet“, teilte der Leiter der Vertretung der DVR im GZKK Ruslan Jakubow mit.

Es wurde von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet des von Kiew kontrollierten Peski mit Mörsern des Kalibers 120mm aus geschossen. Informationen über Verletzte und Zerstörungen werden noch ermittelt.

Abends:

de.sputniknews.com: Russlands Kulturminister: Goebbels würde BBC-Bericht über Russland beneiden

Die westliche Propaganda degradiert. Das behauptete Russlands Kulturminister Wladimir Medinski in einer Stellungnahme zum jüngsten Russland-Bericht des BBC-Senders anlässlich der Vergiftung von Ex-Agent des russischen Militärgheimdienstes GRU Sergej Skripal in Großbritannien.

„Ich habe mir alle BBC-Analysen zum Fall Skripal angehört. Die Propaganda degradiert... Vor diesem Grund nehmen sich sogar Affären von Doktor Goebbels als ein Musterbeispiel für Logik, den gesunden Verstand und ‚unwiderlegbare‘ Beweisführung an“, schrieb Medinski im Kurznachrichtendienst Twitter.

Konkret äußerte sich der Minister zu einer BBC-Sendung vom vergangenen Freitag. Korrespondent Gordon Corera legte kurz die Argumente der britischen Seite zum Skripal-Fall dar und hob ein weiteres Mal hervor, dass hinter dem Giftanschlag „höchstwahrscheinlich“ Russland steckt....